

Werden die Schallente oder dem...
Anzeigen...
Sonntag und Montag einmal...
Abteilung und Haupt-Geschäftsstelle...

Saale-Zeitung.

Dienstblatt der Zeitung.

Bezugspreis für Halle...
Anzeigen...
Sonntag und Montag einmal...
Abteilung und Haupt-Geschäftsstelle...

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom Dienstag, den 15. März.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann Hollweg, Deßler, v. Schön, Kaefer, Bisco, Wahnshaffe, Sammann. Das Haus ist hart besetzt.

Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Die Abstimmung über die Diktandenzulassung.

Die Abstimmung beim Postetat ergab die Beschlußfähigkeit des Hauses. Heute wurde die Diktandenzulassung durch Himmelsstimmung mit 154 Stimmen gegen 140 Stimmen angenommen.

Die Resolutionen zum Etat des Reichskanzlers.

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich erhebe Protest dagegen, daß gegen den Gehalt des Staatssekretärs bemängelt wurde, und daß wir heute über die Resolutionen gebenedet werden sollen. Der Präsident hat gesichtslosurwürdig gehandelt. (Anrufe) Ich beantrage, über die drei eckelungsrichtigen Resolutionen sofort abzustimmen, und die Beratung der anderen bis zur dritten Sitzung zu verschieben, damit wir bald zur ausmündigen Politik kommen.

Präsident Graf Schwerin:

Ich habe gestern mitgeteilt, wie verfahren werden soll. Widerspruch wurde nicht erhoben. Sämtlich habe ich gegen den Vorschlag des Abg. Ledebour nichts einzuwenden, aber es liegen zu den Resolutionen bereits Vorrednungen vor. Das Haus soll entscheiden.

Der Antrag Ledebour wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (ntl.), Gildhoff (Sp.), Dr. Krenndt (Sp.), Fürst Hagfeldt (Sp.) und Schmarze-Lippstadt (Ztr.) haben eine Resolution eingebracht, die den Reichstanzler ersucht, den Bestrebungen für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit (Interparlamentarische Union) eine Beihilfe in den nächstjährigen Etat einzuflehen.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (ntl.):

begünstigt die Resolution. Diese Union, die nicht zu verwechseln ist mit der Friedensbewegung, diene dem gleichen Zweck wie die Häfenbesuche und Württemberg-Konferenzen und es gehören die Parlamentarier aller Länder und aller Parteien an. Eine Unterstützung dieser Union diene dem Ansehen des Deutschen Reiches. (Beifall.)

Abg. Sackhoff (Vp.):

unterstützt die Resolution. Die Interparlamentarische Union dient dem Weltfrieden und leistet erste tüchtige Arbeit auf diesem Gebiet, die von den meisten Regierungen auch dankbar anerkannt wird. Sie bildet eine wertvolle Ergänzung der Haager Konferenz. Wenn ein Schiedsgerichtsvertrag mit den Vereinigten Staaten bisher nicht zustande gekommen ist, so liegt die Schuld wohl nicht an Deutschland. Der Senat hat den Vertrag abgelehnt. Der Staatssekretär v. Schön hoffte aber, die Schwierigkeiten zu überwinden. Wie heißt es damit? Wie ist es mit dem Schiedsgerichtsverträge mit Österreich?

Staatssekretär Frhr. v. Schön:

Der Reichstanzler teilt die Sympathie, die sein Amtsvorgänger den Bestrebungen der Interparlamentarischen Union entgegengebracht hat, und welche ihren besonderen Ausdruck gefunden hat bei der Tagung im September hier in diesem Hause. Die Anregung, zur Unterstützung dieser Bestrebungen eine Beihilfe in den nächstjährigen Etat einzuflehen, wird der Reichstanzler mit gebührender Rücksicht in Erwägung nehmen. Ein gewichtiges Wort wird dabei allerdings wegen der Reichsfinanzen der Staatssekretär mit sprechen. Bezüglich der Verträge haben wir im allgemeinen die Gewohnheit, diejenigen, welche nicht sofort in Kraft treten, dem Hause zur Kenntnis zu bringen. Das ist namentlich der Fall gewesen bei den Verträgen höherer Bedeutung, welche auf internationalen Kongressen und Konferenzen zustande gekommen sind, so z. B. die auf der Haager Friedenskonferenz und auf der Seerightskonferenz zustande gekommenen Verträge. Die sofort in Kraft tretenden Verträge werden wir in gewissem dem Hause nicht rechtzeitig v. legen können. Wir sind aber gern bereit, in solchen Fällen sie im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen. Die freundliche Ansicht des Abg. Sackhoff, den Schiedsgerichtsvertrag in Wirklichkeit treten zu lassen, welcher unserer Initiative auf der Haager Friedenskonferenz entsprungen ist, teilen wir vollkommen. Die Verhandlungen mit Amerika zwecks Abschließens eines Schiedsvertrages sind keineswegs abgebrochen. Unsere Vorschläge bezüglich eines solchen Vertrages liegen der

Bundesregierung in Washington vor, sie hat aber die Vorschläge bis jetzt noch nicht beantwortet.

Ministerialdirektor v. Römer:

Die Ausführungsbestimmungen zur Schiedsklausel in dem Vertrag mit Österreich-Ungarn sind inzwischen vom Abg. Gildhoff gefordert. Die Schiedsfrage ist so, daß, sobald eine fristige Frage zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland auftritt, jederzeit das Schiedsgericht zusammentritt. Auf der Wiener Konferenz haben auch eine Anzahl fristiger Fragen ihre Erledigung gefunden. Es ist in Aussicht genommen, von Zeit zu Zeit diese Konferenz zu berufen, um einerseits den immerhin schwerfälligen und kostspieligen Apparat des Schiedsgerichts möglichst zu vermeiden, andererseits aber auch um eine möglichst gleichmäßige Anwendung des Vertragsartikels herbeizuführen.

Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Sozialdemokraten erheben in einer Resolution um Verlegung eines Gesetzentwurfs, wonach der Reichstanzler für seine Ausführung dem Reichstage verantwortlich ist, diese Verantwortlichkeit sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstreckt und die Verantwortlichkeit des Reichstanzlers von einem Staatsgerichtshof geregelt wird.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Kernpunkt ist, daß der Reichstanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es verlangt. Das ist die Frage, die der Reichstag haben muß, wenn endlich an Stelle der bürokratischen des demokratischen Regierungssystem treten soll. Die selbstherrliche Entscheidung des Monarchen muß beseitigt werden. Eine einzige Persönlichkeit — mag sie auch noch soviel Talent auf allen möglichen Gebieten von Kunst und Wissenschaften haben — ist gar nicht imstande, innerhalb der höchsten Umgebung das richtige Urteil zu fassen. Unsere Parteiregierung vertritt nur die wirtschaftlichen Interessen des Großgrundbesitzes. Wir haben die Politik der Wegregulierung und Unterdrückung. Die Bureaucratie bietet alle Mittel an, um jede Opposition zu vernichten. Ingeschärfte der Opposition werden von allen öffentlichen Beamten ferngehalten. Wir haben es mit einem Parteiregiment sämtlicher Art zu tun. Gegen die konservative Partei wagt es die Regierung in Deutschland nicht zu regieren, obwohl diese Partei hier immer nur eine schwache Minderheit bildet. Das deutsche Völkertum befindet sich infolge dieser künstlich herbeigeführten Unterwerfung in einem unpolitischen Dämmerzustand. Die Regierung kriecht vor jedem Weisheitsbumm der Konservativen in sich selbst zurück. Sie befindet sich in einer gottgewollten Abhängigkeit. Fürst Bismarck fiel zwischen den beiden Stühlen zu Boden, weil er sich mit den Liberalen verankert hatte. Sein Kollege, der unbefangenen seinen Platz einnahm, ist Kautler. Er sagte sich: Du darfst dich nur mit den Konservativen verankern, sonst machst es ein Kollege mit mir, wo ich mit Bismarck. Wir kämpfen um den demokratischen Parlamentarismus. Aber keine einzige bürgerliche Partei unterstützt uns. (Dr. Müller-Teinigen und Krenndt) Nein, Dr. Müller. Sie bilden immer noch mit Liebe und Sehnsucht nach der Bismarckzeit. Von unserer Regierung werden Sie kein parlamentarisches Regime erwarten. Da können Sie warten, bis Sie schwarz werden. Wir werden mit allen Rechtsmitteln, die uns zur Verfügung stehen, den Kampf gegen die herrschende Regierung führen. Wir können aber nicht liegen ohne eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien. Wir richten erneut den Appell an Sie, Sie, Seite an Seite mit uns den Kampf gegen die Junker zu führen. (Beifall v. d. Soz.) Auch die anderen Resolutionen zum Etat des Reichstanzlers werden mit zur Verhandlung gestellt.

Die Sozialdemokraten erheben noch für diese Tagung um eine Novelle zum Wahlgesez, die die Erledigung der nach 60 Tagen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach Erledigung des Mandats vorzuziehen soll.

Abg. Viedermann v. Sonnenberg (wirtsch. Bergg.):

Ich will nicht um Wählrecht, nicht von der Junkerherrschaft, nicht von den Pfaffen, auch nicht von den Juden leben. (Beifall rechts und links.) Ich werde mich streng an das Thema halten. Die Resolutionen betr. Eckschloßtrügen lehnen wir mit Rücksicht auf die gestrige Erklärung des Reichstanzlers ab. Wenn der Abg. Naumann gestern haben und Bayern, die 1870 mit Preußen Schuler an Schuler gefodeten und gefogt haben, Eckschloßtrügen gleichgestellt, so muß er schon weit von der Höhe nationaler Ansehung herabgeglitten sein. (Sehr richtig! rechts.) Die Resolution betr. die Schiedsgerichte nehmen wir an. Die Sache hat zwar nicht übermäßige Bedeutung, aber man macht da ganz hübsche Reisen zu Tagungen. (Seitertelt.) Die Resolution betr. Nachnahmen lehnen wir zwar nicht prinzipiell ab, die Sache ist aber noch nicht genügend gefärt. Ebenso die Resolution betr. das Verantwortlichkeitsgesez.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (ntl.):

Die Veröffentlichung von Verträgen im Reichsanzeiger oder dem Reichsgesetzblatt genügt uns nicht, wenn wir nicht diese Blätter? Die Erklärung des Staatssekretärs betr. der interparlamentarischen Union begrüßen wir als ein Entgegenkommen. Der Sinnes auf den Schiedsrichter entspringt wohl nur konfessionellen und kollegialen Gesinnungen. Die Resolution über die Kanzlerverantwortlichkeit wird gegen die Beschlüsse angenommen. Einmütig angenommen wird die Resolution Prinz Schönaich-Carolath, ferner die eckschloßtrügenden Resolutionen mit Ausnahme der sozialdemokratischen.

Abg. Kanert (Soz.):

empfiehlt die Resolution seiner Partei, wonach die Neuwahlen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach Erledigung des Mandats vorgenommen werden sollen. Parteipolitische Gründe sind oft ausschlaggebend für die Festlegung der Neuwahl. Der Rechner bemerkt, daß die Wahlmänner in Landsberg-Salbin und Halle. In Halle wartete man die Rückkehr der Studenten ab, um sie als Wahlhelfer benutzen zu können. Anderswo bemüht man

sich, die Saisonarbeiter ihres Wahlrechts zu berauben. Die Wahlverschiebungen führen immer zu Wahlbeeinflussungen und zwar zugunsten der Reaktion.

Staatssekretär Deßler:

Nach dem Reglement soll eine Neuwahl sofort stattfinden. Es entspricht also nicht dem Gesez, wenn sie übermäßig verschoben wird. Eine Frist von 60 Tagen reicht aber zu den Vorbereitungen nicht aus. Bei Neuwahlen nach einer Auflösung des Reichstages liegt die Sache anders, weil dann die Behörden sofort telegraphisch davon benachrichtigt werden. Der Reichstanzler wird es sich angelegen sein lassen, für eine möglichstige Beschleunigung im Verwaltungsweg zu sorgen.

Abg. Bebel (Soz.):

Was bei einer Neuwahl möglich ist, ist auch bei einer Ersatzwahl zu erreichen. Wenn die Herren von der Regierung die Sache auf die leichte Achsel nehmen, dann muß sich der Reichstag selber helfen.

Staatssekretär Deßler:

Wenn alles klappt, brauchen wir innerhalb 90 Tage. Auf die leichte Achsel nehmen wir die Angelegenheit nicht.

Abg. Dr. Krenndt (Sp.):

schlägt vor, nach englischer Muster händige Wählerlisten einzurichten.

Abg. Dr. Paasche (ntl.):

empfiehlt, einen längeren Termin als den von 60 Tagen zu setzen. Die Resolution wird darauf mit einem Wählerantrag Wahl, der bei Frist auf 70 Tage verlängert, angenommen. Damit ist der Etat des Reichstanzlers erledigt.

Der Etat des auswärtigen Amtes.

Abg. Graf Anst (Soz.):

Wir geben dem Reichstanzler unsere besten Wünsche für seine Amtstätigkeit mit auf den Weg. Unter dem Druck und der Wohlstand allerorten gestiegen. Der Druck beharrt einer Befolgung nicht, er hat alle Dazwischenstufen hochgradig überhand und wird auch künftig bestehen. Der Reichstanzler wird in dem die Berücksichtigung abgeben können, daß auch er von der hohen Bedeutung des Dreizehnten durchdrungen ist. Ich hoffe, daß man diese Berücksichtigung möglichst aufnehmen wird. In diesem Sinne möchte ich dem Kanzler eine glückliche Reise und gesunde Wiederkehr (Beifall und Seitertelt.) Die Wirren um den Balkan sind noch nicht beseitigt. Das Feuer unter der Waage glimmt fort. Die russische Regierung hat ihre Hand dabei nicht. Unsere Diplomatie muß sich bemühen müssen, den Ausbruch der Flamme zu verhindern. Die Mannesmann-Angelegenheit ist in der Kommission glücklich erledigt worden. Alle die Friedensversicherungen von unserer Seite gegenüber England haben eigentlich keinen rechtlichen Zweck. Wir müssen es der Zukunft überlassen, daß in England mit der Zeit eine bessere Einigkeit zur Geltung gelangt. Bei den nächsten Wahlen werden die Unionisten zum Ausdruck kommen. Das ist leider für uns nicht günstig, denn jede Veränderung des englischen Freiheitsmaßes muß für unsere Exportpolitik nachteilig sein. (Hört! hört! links.) Der Redner spricht weiter über unsere handelspolitischen Beziehungen zu Amerika und Frankreich und befaßt sich mit langfristigen Handelsverträge.

Abg. Dr. Stresemann (ntl.):

Eine Politik der Stärke, der tatkraftigen Entschlossenheit verschafft Sympathien und Achtung. Das geist unsere Politik in der Orientfrage. In letzter Zeit ist eine gewisse Beunruhigung aufgetreten, weil die deutsche Auffassung vertreten wurde, daß deutsche Interessen im Auslande nicht mit der nötigen Energie wahrgenommen würden. Es klingt aus der Presse und öffentlichen Meinung heraus, daß es nicht mehr so ist wie zur Zeit Bismarcks, daß der Erfolg sich leichter einstellt. Das mag sein, aber wir sind in der Weltwirtschaft eingetreten sind, haben sich die Arbeitsplätze ansehnlich vermehrt. In unserem Verhältnis zu England dürfen wir nicht als Gegenüber einander gegenüberstellen, sondern, der aus dann die politische Verbindung folgen wird. Wir einer forzierten Exportpolitik hat auch unsere Industrie kein Interesse. Unsere Diplomaten sollten eine kaufmännische Sinderlichkeit haben. Das Institut der Berufsunionen beharrt des weiteren Ausbaus. Der Erwerb und Verlust der Reichsanzeigerpflicht muß endlich geregelt werden. Leider finden wir bei Frankreich wenig Entgegenkommen. Wir haben die deutsch-französische Ausstellung ohne jeden Chauvinismus begrüßt. Das für eigenartige Klänge kamen aber von der Seite anlässlich der Einleitung zur Jubelfeier der Berliner Universitäts! Es überkommt uns ein Gefühl der Genugtuung, wenn wir von Marcks sprechen. Die wirtschaftliche Beteiligung muß uns dort frei bleiben. Es ist so hingestellt worden, als ob die Gebrüder Mannesmann eine journalistische Manöbel ausgereißelt hätten, um für sich Stimmung zu machen. Das ist unrichtig. Man sollte eine gewisse selbständige Betriedigung haben, wenn man sieht, mit welcher Energie und Tatkraft, mit welchem Temperament diese Brüder als deutsche Pioniere tätig waren. Gegenüber dem Verhalten der Regierung gilt von den Brüdern Mannesmann das Wort: Am liebsten war die Zeit. Sie haben uns erst die Spur geritten. Das Auswärtige Amt stellt sich auf dem Standpunkt der überhöhen Objektivität. Ich weiß nicht, ob andere Staaten es auch so machen würden. Wir erwarten, daß der Staatssekretär aus den Reden der Brüder Mannesmann so viel herausholt wie möglich. Wir wollen nicht den Formismus in der Welt aufkommen lassen, daß deutsche Interessen nicht genügend gewahrt werden. (Beifall.)

Abg. Kanert (Sp.):

Wenn England zur Schutzpolitik jetzt übergehen will, so ist nicht um wenigen die Entwicklung unserer Wirtschaftspolitik daran schuld. Auch Amerika zählt uns jetzt nicht, was wir ihm mit unserer Agrarpolitik antun haben. Ein geheimer Wettbewerb kann den gefährlichen Leben vieler Nationen nur dienlich sein. Der Redner behauptet die ungeschickliche Art, wie deutsche jüdische Geschäftstriebe in Ausland schwebel werden.

Deutsches Reich.

Was nun?

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)

K. Berlin, 16. März 1910.

Heute (Mittwoch) findet die dritte Lesung der Reichsrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus statt. Nachdem in der zweiten Lesung die gescheiterte Mehrheit der konservativen Parteien und des Zentrums alle von der linken Seite gestellten Anträge abgelehnt hat, ist anzunehmen, daß der schwarzblaue Block auch heute seinen Willen durchsetzen wird. Das hat natürlich zur Folge, daß die gesamte Linke gegen das Gesetz stimmen wird. Die Nationalliberalen werden an ihrem negativen Votum festhalten.

Ob die Staatsregierung heute eine weitere Erklärung abgeben und den Standpunkt des Abwartens aufgeben wird, darf flüchtig bezweifelt werden. Leider besteht jetzt aber die begründete Beforgnis, daß die Regierung schließlich nachgeben wird und daß sie die Vorlage in ihrer jetzigen Form vor das Herrenhaus bringen wird. Was dort geschehen wird, bleibt abzuwarten.

Fleischmangel existiert nicht!

„Aus Abgeordnetenkreisen verlautet: Die Eingabe der Berliner Fleischgerinnung zur Befreiung des im Deutschen Reich herrschenden andauernden Mangels an Schlachtvieh ist seitens der Petitionskommission des Reichstages nach eingehender Beratung als nicht guttugend fallen gelassen worden. Die Fleischgerinnung hat beantragt:

1. Die Dämpfung der deutschen Grenzen zwecks Einfuhr von lebendem Schlachtvieh nach denjenigen öffentlichen Schlachthäusern des Deutschen Reiches in die Wege zu leiten, welche hinsichtlich ihrer gesamten Einrichtungen genügende Gewähr dafür bieten, daß die Einschleppung von Viehseuchen vermieden wird, mit der Maßgabe, daß von der Königlichen Regierung die einschlägigen Schlachtvieh- und von der Regierung der Aufschlagsstellen in Grenzschlachthäusern angeordnet werden; 2. die Fülle auf lebendes Vieh für angemessene Zeit gänzlich aufzugeben, jedenfalls aber auf ein erträgliches Maß, von dem vor dem 1. März 1906 gültigen Satz mindestens gleichstimmendes Maß herabzusetzen.

Die Eingabe war ziffermäßig begründet, und der Referent der Petitionskommission empfahl sie zur Berücksichtigung an den Reichstag. Die Mehrheit der Kommission beschloß jedoch, dem Reichstage zu empfehlen, über die Eingabe der Berliner Fleischgerinnung zur Tagesordnung überzugehen, weil einmal die Dämpfung der deutschen Grenzen wegen der damit verbundenen Gefahr der Einschleppung von Seuchen unzulässig sei, und weil ferner die Fülle für lebendes Vieh sich zurzeit nicht heranzustellen ließe. Die Eingabe der Berliner Fleischgerinnung wurde befürwortet. Es sei aber von einer kleineren Viehseuchenproduktion als von einem Viehmangel zu sprechen. Die hohen Preise seien nicht auf das Konto der Landwirtschaft, sondern auf das der Zuchtbesitzer und Fleischer zu legen, welche die Preise künstlich hochhielten.

Das ist das alte Lied, Agrarisch ist Trumpf. Eine Fleischnot existiert nicht, obgleich Tausende von Familien kaum oder gar nicht die notwendigste Fleischmengen erschwingen können!

Auch ein Urteil.

„In ihrem Bericht über die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom Sonnabend schreibt die „Köln. Volkszeitung“:

Der Hg. Schiffer sollte zum § 5 und der Drittelung sprechen, in Wirklichkeit war es eine neue scharfe Kampfrede ohne laßlichen Ernst, ohne den selten Willen praktischer Arbeit, ein Sprühreden von Rosetten in glänzender oratorischer Form, mit überprudelndem Pathos, wie es Schiffer so häufig zu geben versteht. Bei den Konventionen herrschte Entrüstung und Anipfen, die Nationalliberalen spendeten demontrierend Beifall, die Freisinnigen reizten mit Lachen und Zwischenrufen den Redner und die streulichen Parteien. Im Zentrum betrachtete man Schiffers Pathos und Ton nichterner und laßt mitleidig oder ignorierte die tatsächlichen Mängel. Aber wieder und wieder wurde die gereizte Stimmung während Schiffers Rede muntere Laune und Lärmgehen. So kann die laßliche Debatte nicht weiter gehen, das Gefühl wird allgemeiner. Die Erregung hatte ihren Höhepunkt erreicht, weiter durfte sie nicht gehen. Diesen Moment mochte Fritz v. Heubrand mit seinem Scharfblick erkannt haben. Unter dem entwürfelten Zischen der Redner und dem jöhenden Beifall der Linken, besonders der Sozialdemokraten, war der Hg. Schiffer vom Rednerpult abgetreten. Da trat Fritz v. Heubrand zum Rednerpult und wies mit überlegener Ruhe Schiffers neuen Kampfruf ab.

Dieser Bericht ist lehrenswert als eine Probe darauf, wie innig das Zentrum in der Verhärterungsgesellschaft auf Gegenfeitigkeit den konservativen Hochgenossen schon verbunden und verpflichtet hat.

Parlamentarisches.

Aus der Petitionskommission des Landtages.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)

K. Berlin, 15. März 1910.

Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer Sitzung vom 14. März d. J. über mehrere Gesetze von pensionierten ehemaligen Angehörigen von Privatbahnen beraten, die als Kriegsteilnehmer um Gewährung der Pensionierung durch das Gesetz von 1902 angewandten Pensionserhöhung von fünf Sedezisten ihre Gehalts bitten.

Bei den früheren Privatbahnen haben liberalen Pensionisten bestanden. Als die Verstaatlichung erfolgte, wurde ihnen mit übernommenen Beamten freigestellt, in diesen Reihen zu verbleiben, also dort die Beiträge weiter zu bezahlen und sich dadurch die höheren Bezüge dieser Klassen zu

Diese Befreiung widerspricht auch den Bestimmungen des russischen Handelsvertrages. Deutschland sollte sich in dieser Beziehung an Frankreich ein Beispiel nehmen, das die Interessen seiner jüdischen Mitbürger ganz anders vertritt. (Beifall links.)

Hg. Scheidemann (Soz.).

Wenn wir gegen den Staatssekretär zu gehen und geschimpft hätten wie die alldeutsche Presse, das Gesetz hätte ich hören mögen. Kein Hund eines wahrhaftig Antisemitischen hätte von ihm noch einen Brocken genommen. In der Mannesmann-Angelegenheit ist das deutsche Volk belogen worden. (Mruhe.) Das Auswärtige Amt war viel zu viel juristisch. Es hätte der ganzen Sache von vornherein die Spitze abbrechen sollen.

Hg. v. Diering (Soz.)

fordert eine Regelung der Redaktionsverträge der Ausländer.

Hg. Hanßen (Dine)

führt Beschwerde über die Anwesenheitspolitik in der Nordmark. Darauf verlegt ihn das Haus.

Vizepräsident Dr. Spahn

erteilt dem Hg. Scheidemann nachträglich wegen zweier Äußerungen einen Ordnungsruf.

Mittwoch 12 Uhr: Weiterberatung, sodann die Restsitzung und das Reichstagsvergleh.

Schluß nach 7 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Herrnhans.

3. Sitzung vom Dienstag, 15. März.

Am Ministertisch: Kommissare.

Präsident Frh. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Mit eingetreten in das Haus sind Geheimrat Wolf Wagner, General Frhr. v. Biffing und Dr. Krupp von Bohlen-Guthab.

In die faktische Zentralkommission wird Dr. Wastler gewählt.

Über Verhandlung des Staatsministeriums zur Befreiung der alten Kolonialisten (Sonderabkündigung) in dem Pensionsgesetz des Reichstages, Köln und Düsseldorf wird nach einem Referat des Oberbürgermeisters Wastler-Köln zugestimmt.

Es folgt die zweite Beratung des zunächst dem Herrnhans vorgelagerten Gehelnturms wegen Vermeidung von Doppelbesteuerungen bei Heranziehung zu direkten Kommunalsteuern in verschiedenen Bundesstaaten. Die Finanzkommission empfiehlt unveränderte Annahme des Entwurfs, der angenommen wird.

In zweiter Lesung wird darauf die ebenfalls zunächst dem Herrnhans vorgelagte Novelle zum Staatsschuldbuch Gesetz beraten. Die Kommission empfiehlt Annahme des Gesetzes. Der Entwurf bestimmt, daß mit Ermächtigung des Finanzministers fünfzig Buchstaben auch ohne Umwandlung begründet werden können, voraussetzung ist, daß der Kaufpreis für Schuldverschreibungen, deren Nennwert der entsprechenden Buchstaben entspricht, nicht den Stückzinsen seit dem letzten Anzahlsungstermin her eingezahlt wird. Der Finanzminister legt den Kaufpreis fest und bestimmt die Rate, bei der die Einzahlung zu geschehen hat. Nach dem geltenden Gesetz konnten Eintragungen in das Staatsschuldbuch nur gegen Einlieferung von Schuldverschreibungen des Staates vorgenommen werden, die dann veräußert werden mußten. Bei dieser Praxis mußten also im Falle der Begebung einer Staatsanleihe in der Voraussetzung, daß ein Teil der Anleihen zur Einzahlung in das Staatsschuldbuch hergestellt werden würde, auch für die Schuldverschreibungen Güter bereitgestellt werden. Die Novelle will diese Umständen beseitigen mit der oben angeführten Maßnahme befehlen.

Überbürgermeister Kriehner berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Meinen Dank an die Kommission für die eingehende und wohlwollende Prüfung der Vorlage und an den Berichterstatter für seine listigen Darlegungen in der Kommission und hier füge ich noch ein paar Bemerkungen allgemeiner Art hinzu. Die Vorlage hat zunächst scheinbar nur technische Zwecke im Auge. Sie soll die Benutzung des Staatsschuldbuchs erleichtern und sie mehr nach kaufmännischen als nach rein juristischen Gesichtspunkten regeln. Sie soll das Schuldbuch zu einer immer allgemeiner benutzten Einrichtung machen. Damit aber ist auch eine Fälligung unseres Anleiheverkehrs verbunden und es wird vermieden, daß der Geldmarkt in Zeiten ungünstiger Konjunktur mit unseren Anleihefonds belastet und eine Kursminderung unserer Anleihen herbeiführt wird. Ich halte es für meine Pflicht, immer wieder auf den ganz ungenügenden Stand unserer Staatsanleihen hinzuweisen. Nur so kann man die Bedürfnisse der Nation für unsere Staatsanleihen und ihr klar machen. Das res actum! Wenn unsere Staatspapiere weit hinter den gleichwertigen Papieren von England, Frankreich, Italien (Spart) zurückbleiben, wenn sogar die dreiprozentige befristete Rente 14 Prozent höher liegt, als die gleichwertige preussische, so ist das ein Zustand, der schon mit unserer nationalen Würde nicht vereinbar ist. (Sehr richtig!) Wer hat den Nachteil? In der Öffentlichkeit findet man häufig die Ansicht, daß das alles die Nation nichts angehe und es nur ein Spezialvergnügen des Finanzministers wäre, immer wieder darauf hinzuweisen. Diese ungünstige Entwicklung hat aber der Nation schwere Schäden zugefügt. Wer hat denn den Schaden davon, daß unsere dreiprozentige Rente seit 1866 um 18 Prozent befristet zurückgegangen ist? (Sehr richtig!) Den größten Schaden hat der Offizier, der Beamte, die kleinen Rentner, die Waisen und Waisen unserer Bevölkerung. Diese haben an dem überhöhten Papier der Erde unserer Verluste gelitten. Naturngemäß war unser Publikum immer weniger gewillt, unsere Staatspapiere zu kaufen. Wir haben jetzt zum vierzigsten Jahr übergeben müssen. Das macht doch einen ungünstigen Eindruck. Und welche Bedeutung hat ein freier Markt im Kriegsfalle? Wir müssen im Frieden dafür sorgen, daß der Markt nicht überflutet wird. Die ungünstige Entwicklung unserer Staatspapiere ist zum Teil zurückzuführen auf die große wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung unserer Vaterlands. Die Industrie und die starke Teilnahme Deutschlands am Weltmarkt überfordert große Summen. Aber neben dieser naturgemäßen und erfreulichen Tatsache gibt es auch nicht naturgemäße und nicht erfreuliche Momente. Dazu gehört die außerordentlich starke Anleiheaufnahme des Anleiheverkehrs in den letzten Jahrzehnten. In den Eisenbahnen sind enorme Summen investiert, ebenso in den Wasserstraßen. Wir hoffen, daß diese Investitionen allmählich geringer werden. Ich habe immer die Befürchtung, daß diese Investitionen, Ausgaben, die nicht in den Etat gehören, aus Anleihen zu betreiben. Es ist ja das altbekannte, wenn man die Schulden nicht selbst bezahlt, sondern der künftigen Generation überläßt. Der Verfall ist auch im Abgeordneten-

haus an mich herangetragen, fand aber kein Gehör bei mir. Wir haben trotz der höchsten Finanzlage an dem bewährten System festgehalten und werden auch dabei bleiben. Wir müssen zugeben, daß Preußen und das Reich in einer Weise wie keine andere Nation es daran hat fehlen lassen, die schließende Hand dauernd über die Anleihen wachen zu lassen. Wir haben Wind und Wetter über sie ergehen lassen, ohne ihnen den Rücken zu steifen. England, Frankreich, Nordamerika sind da anders vorgegangen. Von den englischen Anleihen, die etwa 16 Milliarden betragen, sind 11 Milliarden in festen Händen. Bei uns von ebenfalls 16 Milliarden im Reich und den Bundesstaaten vielleich nur 3 Milliarden. Im Jahre 1906 hat die Regierung vorgeschlagen, die Staatsanleihen zu halten, einen Teil ihrer Schulden in Reichs- und Staatspapieren umzulösen. Das hätte auch im Interesse der Staatsanleihen gelegen. Es kommt doch alles darauf an, die Staatsanleihen liquide zu erhalten. Das hohe Haus hat, durch ärztliche Rücksichten nicht gebunden, mit weitem Blick der Vorlage zugestimmt. Im Abgeordnetenhaus ist sie aber gefallen, weil man eine Erhöhung der Sparzinsen befürchtete. Das ist unglücklich. Der einzige Effekt wäre gewesen, daß die Gemme etwas langsamer geflossen wären, was nicht entscheidend sein darf gegenüber dem Gesichtspunkt der Liquidität. Wenn die Staatsanleihen liquide sind, braucht der Referent nichts so hoch zu sein. Um den Staatsanleihen entgegen zu kommen, haben wir ihnen bei unseren Anleihen von 1909 und 1910 besondere Vergünstigungen gewährt. Sollten unsere Versuche zur Hebung unserer Anleihen nicht von Erfolg sein, so werden nach meiner persönlichen Ansicht doch noch gesetzliche Maßnahmen zu treffen sein, daß die Staatsanleihen durch Gesetz gewonnen werden, sich liquid zu erhalten. Die Versicherungsanstalten sollten für das Reich und die Bundesstaaten auch etwas tun. Die Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalten haben in ihrem Vermögen von 1284 Millionen nur 130 Millionen in Reichs- und Staatsanleihen angelegt. Auch die Lebensversicherungsanstalten sollten die moralische Verpflichtung anerkennen, in härteren Maße Staatspapiere zu kaufen, da sie ja doch nur auf Grund der staatlichen Konzeption ihre Gelder betreiben können. Jetzt haben sie bei 4 Milliarden Vermögen nur 23 Millionen in Staatspapieren angelegt. Wir werden nicht ermahnen dürfen, den Staatspapieren gesetzlich die Hilfe zu schaffen, deren sie bedürfen und die sie in anderen Ländern haben. Ein weiterer Schritt in dieser Richtung ist der vorliegende Gehelntwurf, der eine Anzahl von Hemmnissen beseitigt, die früher bestanden. Er soll die kleinen alltäglichen Vermögensgegenstände, denen bisher das Publikum bei den Eintragungen in das Staatsschuldbuch begegnete. Ich bitte um Annahme der Vorlage. (Beifall.)

Der Gehelntwurf wird angenommen. Es folgt die Beratung eines Gesetzes betr. die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in Schlesien. Das Gesetz schreibt den Besuchszwang für die bestehenden Schulen vor und lehnt sich aufs engste an das 1904 für Hessen-Nassau erlassene Gesetz an.

Generalfeldmarschall Graf v. Haeseler

bedauert, daß das Gesetz das Besuchszwang nicht noch weiter durchgeführt hat. Nur dort soll der Zwang gelten, wo es der ausgeprobenen Wunsch der Bevölkerung ist. Es ist überhaupt in dem Gesetz gar nicht „samm“ die Rede, anstatt von „soll“ und „muss“. Die ländliche Fortbildungsschule soll nicht nur eine landwirtschaftliche Fortbildungsschule sein, sondern muß auch andere Interessen berücksichtigen. Sie ist unentbehrlich geworden angesichts der zunehmenden Verrohung der Jugend. Beim Unterricht wird der Sonntag nicht ganz freizulassen sein. Aber der Unterricht darf nicht in die Zeiten des Gottesdiensts fallen und muß im Freien abgehalten werden. Hoffentlich kommt bald ein Gesetz, das den Fortbildungszwang für ganz Preußen einführt. (Beifall.)

Professor Klein-Gölling:

Der wichtigste Punkt ist die Beschaffung geeigneter Lehrkräfte. Wir werden dazu kommen müssen, besondere Landlehreremane und besondere Schullehreremane einzurufen, in denen die Lehrer je nach den Bedürfnissen ihres künftigen Wirkungsbereichs gebildet ausgebildet werden.

Überbürgermeister Dr. Gerlach-Hattemer:

fordert gleichfalls, daß die Schüler durch den Schulbesuch an der Teilnahme des Hauptgottesdienstes nicht verhindert werden sollen.

Landwirtschaftsminister v. Arnim:

Mit Entschiedenheit muß ich mich gegen die Forderung des Grafen Haeseler wenden, wonach die Erlangung des Zeugnisses für den Einjährig-zweijährigen-Dienst nicht von der Verpflichtung zum Fortbildungsschulbesuch befreit soll. Ein junger Mensch mit der Reife für Ober-Sekunda gehört nicht in die Fortbildungsschule. Zwangt man ihn zum Besuch, so wird er den Unterricht sehr bald schwänzen und damit nur den übrigen Schülern ein böses Beispiel geben.

Graf Wolfo zu Eulenburg:

Der Fortbildungsschulunterricht darf, wie es auch in Hessen-Nassau der Fall ist, an Sonntagen nicht stattfinden.

General Frhr. v. Biffing:

Es ist bedauerlich, daß der Gehelntwurf sich auf Schlesien beschränkt und nicht für die ganze Monarchie gelten soll. Am Sonntag darf der Unterricht auf keinen Fall stattfinden. Der Sonntag ist ein Tag der Erholung, und die Erholung haben Lehrer wie Schüler notwendig. Bei der letzten Vorbildung der Volksschullehrer kann die Fortbildungsschule ihre hohen Aufgaben nicht erfüllen. Es empfiehlt sich deshalb, je nach der Anstellung besonderer Fortbildungsschullehrer, die, wenn es an dem nötigen Material fehlen sollte, aus den Reihen der tüchtig vorgebildeten und patriotisch gefühlten verabschiedeten Offiziere genommen werden können. (Beifall.)

Überbürgermeister Bender-Breslau:

In den meisten Städten ist der Fortbildungszwang bereits eingeführt. Der Widerstand gegen die Fortbildungsschule in den Kreisen des Handwerks hat auch fast ganz aufgehört. Ich bin für den Gehelntwurf, doch darf der Unterricht am Sonntag nicht stattfinden. Das wäre eine Härte, die überall unangenehm empfunden würde. Der Sonntag muß ein Ruhetag sein und bleiben. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wurde das völlige Verbot des Unterrichts am Sonntag beschloßen. Der Gehelntwurf wird angenommen. Das Haus verlegt sich. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Beratung neuer Mitglieder, Eingemündungsanträge, Petitionen. Schluß 5 1/2 Uhr.

verfassen. Den bei ihren Kassen verbleibenden Beamten wurde dafür die Zulieferung gemacht, daß sie aus den Kassen die Differenz zwischen der Staatspension und den Kassenleistungen erhalten sollten.

Wenn also beispielsweise die Staatspension 1300 Mk. jährlich betrug und die Kassenpension 1700 Mk. jährlich, so gewährte der Staat bei 1300 Mk. und die Kasse 400 Mk.

Mit nun 1902 die Staatspension der ehemaligen Kriegsteilnehmer um die erwünschten fünf Sedgill erhöht wurde, wurden die Beiträge aus den Kassen um ebensoviel gestützt. In dem genannten Falle beträgt jetzt also die Staatspension 1500 Mk. und die Kassenleistung nur noch 200 Mk. Die pensionierten Kriegsteilnehmer haben also gar keinen Vorteil von der Kriegsteilnehmerzulage, müssen aber die Kassenbeiträge nach wie vor in der vollen Höhe weiterzahlen.

Die Petitionskommission hält die Gesuche für wohl begründet, da nach der bisherigen Lage die Kriegsteilnehmerzulage im Grunde nur den Pensionisten und nicht den alten Kriegern zugute komme.

Die Vertreter der Staatsregierung (Finanz- und Eisenbahnministerium) verhielten sich ablehnend, sie wiesen darauf hin, daß eine jährliche Mehrausgabe von 600 000 Mk. in Frage stehe.

Die Kommission war aber einstimmig der Meinung, daß dieser Betrag nicht als unerwünscht angesehen werden könne, zumal da er sich von Jahr zu Jahr verringern werde, und übermies die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung.

Parteinachrichten.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses handelte in ihrer Sitzung am gestrigen Vormittag die Wahl des Abg. Dr. Wendlandt (natl., Kreis 5, Schwesee-Schmallders-Wippenhausen) und beschloß Beisehung.

Die Einführung von Bibliotheksgeldern wurde von der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gebilligt.

Heer und Flotte.

Aufhebung der Generalmusterung. In den Ministerien des Krieges und des Innern besteht, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, die Absicht, wenn irgend möglich, die Generalmusterung bei der Abrüstung auszuheben. Es sind bereits Anfragen an alle Brigaden gerichtet worden, sich darüber zu äußern. Von deren Antwort, die bis Mitte Juni eingegangen sein muß, wird es abhängen, ob man dem Gedanken der Aufhebung überhaupt näherzutreten kann. Der Wegfall der Generalmusterung, die ein Oberzugstaken über die Tauglichkeit der Ausgehobenen abzugeben und ihre Verteilung zu verfügen hat, würde im Erlaßgeschäft keine große Störung verursachen, dagegen würden jährlich einige Millionen gepart werden.

Am 50jährigen Dienstjubiläum des Generals von Goltz fand der Kaiser seinem einzigen Kriegsminister folgendes Glückwunschtelegramm:

„Heute vor fünfzig Jahren sind Sie in das Heer eingetretten, und Sie haben der Arme im Kriege und im Frieden die vorzüglichsten Dienste geleistet. An die Spitze des Kriegsministeriums berufen, haben Sie mein Vertrauen in vollem Maße gerechtfertigt und Ihr Amt im Sinne Ihres Königs und mit dem Willen der Arme verwaltet. Sie können heute mit Gewissung auf eine lange und erfolgreiche Dienstzeit zurückblicken, mit aber ist ein Bedürfnis, Ihnen zum heutigen Tage meine herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Wilhelm II.“

Kleine politische Nachrichten.

Das königliche Staatsministerium hat gestern zu einer Sitzung zusammen.

Ein Nachspiel zu den Beamtenmaßregelungen in Kattowitz wird in der „Kön. Volksztg.“ mitgeteilt. Das kasseler Blatt veröffentlicht das Programm zu einem „musikalischen Abend“, der am 15. März in Kattowitz im Hotel Kaiserhof zu Ehren der lebenden Herren: Königl. Gymnasialoberlehrer Paul Casja, Königl. Gymnasialoberlehrer Peter Hoffmann, Königl. Oberpostsekretär Karl Anshin veranfaßt wurde. Diese drei gehören zu den wegen der Vorgänge bei den Kattowitzer Stadtverordnetenwahlen gemäßigten Beamten.

Regierungs- und Gewerbetätigenverhandlungen.

Gestern traten, wie alljährlich, die preussischen Regierungs- und Gewerbetätigen zu einer dreitägigen Verhandlung über berufliche Angelegenheiten zusammen. Die Beratungen, die im Handelsministerium stattfanden, wurden von dem Unterstaatssekretär Scheiber eröffnet.

Kulturelle Kulturveranstaltungen.

Bei einer im Münchener Kindstheater von Mitgliedern der freiwirtschaftlichen Vereine einberufenen Kunstbesuchung „Kulturverein am 1. u. 2.“, in der der Kreis und die katholische Kirche mit ihren Einrichtungen von verschiedenen Rednern heftig angegriffen wurden, kam es zwischen den freiwirtschaftlichen und kirchlichen zu Tumulten, wie man sie in München noch kaum erlebte. Die Versammlung artete wiederholt in heftige Schlägereien aus.

Berechnung von Bauarbeiten der Staatsbahnverwaltung.

Bekanntlich sind Bauarbeiten, die in Verbindung mit der Erhebung von Bauarbeiten der Staatsbahnverwaltung laut geworden sind, haben den Minister v. Breitenbach veranlaßt, an den Erlass vom 2. August 1908 zu erinnern, wonach die Ausschreibungen zunächst darauf beruhen werden sollen, daß auch kleineren Gewerbetreibenden und Handwerklern die Beteiligung an der Bewertung ermöglicht wird.

Der Bund Deutscher Frauenvereine

hat in der Sitzung seines Gesamtvorstandes, dem alle großen Bundes-, Provinz- und Fortschrittvereine deutscher Frauen, die auf dem Boden der Frauenbewegung stehen, durch ihre Vorsitzenden angehört, der „Königlichen Zeitung“ zufolge, mit allen gegen zwei Stimmen die Aufnahme des Bundes für Mutterrecht abgelehnt.

Zur Förderung des Berufsstudiums in der Nordmark

ist die Errichtung einer Volkshochschule in Nordburg auf dem Beschlusse worden. Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein v. Bülow empfahl auch wärmstens den Antrag des Norddeutschen Volkshochschulvereins auf Gewährung einer namhaften Beihilfe nach dem Provinzialhaushalt. Ich verweise, sagte er in seiner Rede zur Gründung des Verbandes, daß die Provinz diesem in kultureller wie nationaler Beziehung gleich bedeutungsvollen Werke, für das auch hier erhebliche Staatsmittel in Aussicht gestellt sind, ihre kräftigste Unterstützung nicht verweigern wird.

Sol. und Personalnachrichten.

* Bei dem Reichsanwalt fand gestern abend ein Diner statt, zu dem der Kaiser sein Erscheinen zugesagt hatte. Zu dem Diner hatten u. a. Einladungen erhalten: Generalfeldmarschall Graf von Hoesler, die Staatsminister Graf zu Eulenburg und Deßloch, der Kommandierende General des III. Armeebezirks General der Infanterie von Bülow, Staatssekretär Freiherr von Schöen, der Präsident des Reichstages Graf von Schwerin-Sönitz, der Unterstaatssekretär im Ministerium für Eisenbahnen Graf von Winterhagen, der Unterstaatssekretär im Rgl. Staatsministerium Dr. von Günther, der Unterstaatssekretär in der Reichsanwalt Behrens, der Generalkonzeptionsrat des Rgl. Ministeriums für die kgl. Oberregierungsrat Prof. Dr. Dr. Harnack, der Oberbürgermeister Widde.

* Die Eröffnung der amerikanischen Kunstausstellung in der Akademie ist nunmehr festgesetzt. Wie verlautet, wird sie der Kronprinz am Donnerstag, den 17. B. M., um 11 Uhr vormittags eröffnen. Um 12 Uhr wird die Ausstellung einem geladenen Publikum zugänglich gemacht.

Ausland.

Amerikas Handelsbeziehungen

Im Weißen Hause zu Washington fand eine wichtige Konferenz statt, die sich mit der Frage der Regelung des tariflichen Verhältnisses zu Kanada und zu Frankreich beschäftigte, und an der Präsident Taft, Staatssekretär Knox, Senator Aldrich und die Mitglieder des Tarifamts teilnahmen. Taft erklärte, daß wenig Aussicht sei, zu einem Einvernehmen mit Kanada zu gelangen, daß dagegen die Verhandlungen über ein Abkommen mit Frankreich, durch das dieses den Vorteil einer 20prozentigen Zollermäßigung erhalten sollte, Fortschritte machten.

Der „Daily Mail“ wird aus Montreal telegraphisch, daß Kanada sich mit dem Reframentarium für deutsche Waren überläßt, und Generalconsul Dr. Karl Lang habe alle Hände voll zu tun, die an ihn gerichteten Anfragen um Auskunft über deutsche Firmen zu beantworten. Allem Anscheine nach würden die größten Anforderungen von deutscher Seite gemacht, um den kanadischen Markt zu erobern, und man prophezeie schon jetzt, daß Kanada bald wieder gezwungen sein werde, deutsche Erzeugnisse auf Kosten des britischen Reichshandels zu beschränken. Auch die Vereinigten Staaten würden unter der deutschen Konkurrenz leiden.

Schieberjagd mit neuen Granaten.

Der „Matin“ veröffentlicht einen interessanten Bericht über Schieberjagd, die mit neuen Granaten auf das alte Panzergeschloß „Jena“ gemacht wurden. Hunde, die man in die Panzertürme eingeschleppt hatte, um festzustellen, ob Erhaltung durch Kohlengas stattfindet, zeigten keine Symptome von Erstickung oder Atembeschwerden. Dagegen wurde wahrgenommen, daß die Tiere durch die fortwährenden Erschütterungen ihu wurden. Vorher schläfrig und folgsam, hörten sie nicht mehr auf den Ruf der Offiziere, die sie genau kannten. Der Zustand wurde täglich schlimmer und war mit schwerer Neuralgie beim Menschen zu vergleichen. Schließlich sprangen die Tiere in das Meer und machten keinen Versuch, sich durch Schwimmen zu retten. Beim Menschen hätte man ein solches Vorgehen weislos als Selbstmord, hervorgerufen durch Neuralgie, bezeichnet. Man kann aus diesen Beobachtungen den Schluß ziehen, daß die Wirkung der neuen Granaten auf die Menschen analog sein werde, und daß die Gefahr der Erstickung gering sei im Vergleich zu der Gefahr geistiger Erkrankung.

Kleine Façennachrichten.

Auf den Wiener Bürgermeisterversammlung ist vom Stadtrat der erste Bürgermeister Reumann in Aussicht genommen.

Halle und Umgegend.

8. 11. a. S. 16. März.

Die Wahlrechtsdemonstration

am gestrigen Dienstag brachte wieder Tausende auf die Meine. Der „Volkspost“ hatte gemeldet, daß etwa 10 000 Personen mochten sich dort eingefunden haben.

Als nach Schluß der Versammlung die Menschen auf die Straße strömten, geschah es allgemein in Ordnung und Ruhe. Einzelne Truppe wollten es sich jedoch nicht verlagern, die Vortruppschaft für sich zu interessieren und begannen ihre sozialdemokratischen Lieder zu singen — mehr laut als schön. Die Polizei zerstreute wiederholt Züge, die sich formiert hatten, und stiftete auch eine Anzahl „Vollstänger“, die mahnende Worte nicht zur Ruhe bringen konnten. Wenn auch den Beamten oft mit Hohn und Grobheit begegnet wurde, so kam es doch nirgends zu ernstlichen Zusammenstößen, die das Eingreifen mit der blanken Waffe nötig gemacht hätten.

Um 9 Uhr etwa war die Demonstration zu Ende. Nur an einzelnen wenigen Stellen, so am Alten Markt, bildeten sich noch Zusammenrottungen. Das waren aber keine ernstlichen Arbeiter, die ihr Tagewerk schaffen, ihre Pflichten gegen den Staat tun und mit Recht nun auch das gleiche Wahlrecht haben wollen, nein, es waren junge Burken im Alter von 17-18 Jahren — darunter viel Jahnhagel —, aus deren Mund der Ruf nach dem Wahlrecht, der oft unter Jöhlen erscholl, etwas antizipiert klang. Auch die Art, die die Polizeibeamten verhöhnt wurden, kennzeichnete die Schreier als unreife Jugend, denen die Gelegenheit, mit dem Schein politischen Ernstes Kaba zu machen zu können, erwünscht kam. Als sie unter dem Gesang des Sozialistensonges abzogen, standen die Tendenz und die Stimmen derer, die sich noch im Wechsel befinden, in dem Chor stark hervor.

Marell Salzer-Lönd.

Marell Salzer mag kommen, wann er will, er findet stets Freunde für seine Vorträge. Auch gestern fand seine letzte Veranstaltung im Saale der Voge zu den fünf Türmen ein volles Auditorium. Und man lächelte wieder viel und herzlich. Der lustige kleine Herr versteht es aber auch, wirkungsvoll vorzutragen. Er erzählt sein Programm. Er erzählt

es und spielt Haupt- und Nebenrollen dabei mit. Den Raubhahn in Ludwig Thomas gleichnamigen Geschichten markiert er ebenso glaubwürdig, wie den Hadergeris in den Völschaden. Und wenn er das Simmelbild „Alte Landesknecht“ von Münchhausen vorträgt, wahrhaftig, man sieht die beiden Gezellen lebhaftig vor sich. Und so geht es in endloser Reihe fort. Überall findet Salzer etwas für seinen Humor. So kommen die Lieder beim Vortrag der „Gelobten Liebe“ (Viltenron), der „Reben Konjunktiv“ (Ribeamus), der „Freuden der Häuslichkeit“ u. v. a. ganz auf ihre Rechnung. Erste Vorträge waren in der wirkungsvollen Szene „Feuert, aber verleiht die Flage nicht“, und in der Thomajischen Kleinbildstoffe „Bismarck“ gewandt.

Den Höhepunkt des Humors erreichte Salzer mit der vortrefflichen Witzergabe des Münchener Straßenschildes „Der Kohlenwagen“, der Scene in der Elektrischen, beide von Thomas, der Militärhumoreske „Raps“ (Schild) und mit der „Spindel an den Dichter“ von Bulsch. Man sollte freudig dem Künstler Lob und wird es gerne sehen, wenn er bald wiederkommt.

Auf den Staatswissenschaftlichen Ferienkursus an der hiesigen Universität, der heute beginnt, sei nochmals hingewiesen.

Bereit einmal. Oberrealschüler zu Halle. Eine nationale Veranlassung ehemaliger Schüler der hiesigen Ebt. Oberrealschule hatte sich am Sonnabend in der „Zuip“ eingefunden. Galt es doch, zwei Männer zu ehren, die ein Vierteljahrhundert vom Sogen an der Schule gemerkt: die Herren Professoren Dr. Ebeling und Dr. Löwenhardt. Zu der Feier hatte sich auch ein großer Teil des Lehrerkollegiums mit Herrn Direktor Dr. Schöten an der Spitze eingefunden. In seiner Begrüßungs- und Preisrede gedachte der Vorsitzende Herr Banker Richter S o m b u r g der Verdienste der Jubilare um Schule und Schüler und brachte ihnen die Glückwünsche der Versammlung zum Ausdruck. Der Redner ließ keine Wünsche in ein Hoch auf die beiden ausfallen. Einem gemeinsam gelungenen höchsten Festlichkeits folgte ein interessanter Vortrag des Herrn Prof. Dr. U r s a c h über den jüngst verstorbenen Dichter Detlev v. Viltenron. Im Anschluß daran trug das Vereinsmitglied Herr Schauplieder R. U g e r eine Reihe Viltenronischer Dichtungen vor. Viel Anklang fand auch bei den Festteilnehmern das Widderbrüde „Serenade“, das, mit begleitender Musik, Primaner Friede zum Vortrag brachte. Ein Preislos der Primaner Günther erntete gleichfalls reichlichen Beifall. Allen Genannten sprach Herr S o m b u r g den wärmsten Dank für ihre Beistellung zum Gelingen des Abends aus. Nachdem sich das Programm in der wohlgeplanten Weise abgelaufen hatte, hielt eine recht nette Jubilatis die Festteilnehmer noch lange vereint.

Der Turnverein am Stadionsplatz hielt am 11. B. ein Schachturnier unter Leitung des Turnlehrers Herrn Freund ab, das einen glänzenden Verlauf nahm. Das Programm bot interessante Abwechslung und festelte daher vom Anfang bis zum Schluß. Eingeleitet wurden die Vorbereitungen durch Ballungsübungen mit Gruppenstellungen. Vier tadellose Ausführung und ihr scharfer Aufbau riefen reichen Beifall hervor. In dem darauffolgenden Ringturnieren waren gute Einstellungen besonders am Doppelbock und Barren zu beobachten. Das Gruppenturnen an vier Barren und 4 Pferden, wobei immer 12 Schüler gleichzeitig übten, wurde durch seine gleichmäßige, exakte Ausführung und gute Zusammenfassung der Übungen. Florett, bestehend in Schütze und Kontraktieren, wurde sicher und abwechselnd durchgeführt. Das Kürturnen begann mit Hochsprung (Hochleistung: 1,80 Mtr.) und endete am Ende mit einem tadellos ausgeführten Ringensprung vorwärts über Barren. Vier Herren (Herrn Hildebrand) einen schönen Schluß der Veranstaltung.

Ein gemeinschaftlich organisiertes Benevolenzabend sang, Brauen und Wägen sollen die Verhandlungen am 8. und 4. März in Berlin abgeschlossen werden. Der hiesigen Konferenz zur Förderung der Arbeitervereine in Berlin, besprochen wurde am Mittwoch den 16. März, abends 8 Uhr im Saale des Schulungsheimes, Nebenplan 20. Der Eintritt ist frei; Gäste sind willkommen.

Hallische Kolonialreise. Die nächste Sitzung mit Damen am Mittwoch, den 16. März 1910, abends 8 Uhr, im Saale des Saales „Kaiser Wilhelm“. Vortrag des Herrn Hauptmann a. D. Schlichter: „Eine Kolonialreise quer durch Afrika“. Mit Lichtbildern. Nach dem Vortrage gefellige Zusammenkunft im Hotel „Kaiser Wilhelm“.

Der 5. Sonntag. Bezirks-Benevolenz Halle a. S. hält seine Monatsversammlung am Donnerstag abends 8 1/2 Uhr in Widde Rehausrat, Wilhelmstraße 48, mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag über die Halle. 2. Antrag auf Einführung von Wandervereinigungen. 3. Kommunale Angelegenheiten.

Kaiser-Panorama, Große Marktstr. 6. Ein interessanter Ausflug zu den Nachbarn der Kleinen Wägen wird in dieser Woche unternommen. Der Regatta der Segel-Jachten verbunden mit einer Rundfahrt durch den Kriegshafen und Befichtigung der anwesenden Kriegsschiffe, folgen wir von der Luftschiff der H. U. L. „König Victoria Luise“. Dem Zuge bieten sich prächtige Bilder, nachdem der „König Waldemar“, die „Hohenzollern“, Prinz Joachim und der „Siegler“ an uns vorbei gegangen sind, sehen wir die Kriegsschiffe in Paradestellung und kommen zum Start des „Meteor“, „Hamburg“, „Ingomar“, deren Wettfahrten wir beobachten. Die zweite Rundfahrt erfolgt mit dem Hottelsschiff „Graf Waldersee“, eine stattliche Anzahl deutscher und ausländischer Schiffschiffe stellt sich präsentiert sich hier, auch werden wir noch mit vielen Kriegsschiffen bekannt gemacht. Die Aufnahmen sind besonders schön. Am Sonntag: Das herrliche Berner Oberland

Provinzial-Nachrichten.

Oeffentliche Versammlung.

Erstleben, 14. März 1910.

Die Mansfelder Gewerkschaftsleitung soll keine Ruhe mehr bekommen.

Nachdem zunächst die Sozialdemokraten mit ihrem radikalen Verband, sodann die Liberalen zusammen mit dem hiesigen „Dunkleren Gewerbetätigen der Kampf gegen die Mansfelder Gewerkschaftsleitung für die Koalition der Bergarbeiter aufgenommen haben, kommen zwar etwas sehr spät, aber schließlich doch auch noch die sog. christlichen Gewerkschaften und nehmen den Kampf gegen das Unterdrückung der Mansfelder Gewerkschaftsleitung ebenfalls auf.

Dies geschah in einer öffentlichen Versammlung am 13. B. in Erstleben. Es sprach als Redner Herr W e d r e n s, Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften und zugleich Mitglied des Reichstages von Centrum Gruppen, über das Thema „Die Lage in Mansfelder Bergbau“. Der Referent verbreitete sich zunächst über die Arbeiterbewegung im allgemeinen, ging darauf auf die Geschichte der christlichen Gewerkschaftsvereine ein und

forderte zum Schluß unbedingte Koalitionsfreiheit für den Mansfelder Bergmann. Der Leiter der Versammlung, der christliche Arbeiterführer Herr Walther, erteilte dann bei Eröffnung der Debatte

jedem Redner 20 Minuten das Wort. Es sprach zunächst von sozialdemokratischer Seite Herr Redakteur Volkmann-Bodum. Von liberaler Seite sprachen Johann Herr Hütemann Krügel, Friedrich-Danischer Gewerkschaftsführer Späth, Halle, Bureau-Vorleiter Dahms-Hoffmann und Dr. Wernicke. Die liberalen Kräfte hielten an Herr Behrens die Frage, wie er und seine politischen Freunde sich zur Übertragung des Reichstagswahlrechts auf das preussische Abgeordnetenhaus stellen. Herr Späth, Halle führte aus, die „Christlichen“ hätten durch ihre Organisationsgründung nur Jant und Zermürbung in die Arbeiterbewegung getragen; denn diese neue Gründung sei völlig überflüssig gewesen, da es schon die sozialdemokratische Bodum und die nationale Friedrich-Danischer Organisation gegeben habe. Der Kampf aller Arbeiterorganisationen müsse jetzt recht energig gegen die Gewerkschaftsleitung geführt werden, weil diese damit umgehe, die sogenannten rechtstreuen Vereine in die berechtigten echten Gewerkschaften umzuwandeln. Die Koalitionsfreiheit müsse endlich auch im Mansfelder Gebiet erlangt werden! Herr Dahms verlangte, Herr Behrens solle offen klar bekennen, wie er und seine politischen Freunde zum Wahlgesetzstandpunkt händen.

Herr Dr. Wernicke erklärte, er wolle zunächst Stellung gegenüber einem Artikel des von der Mansfelder Gewerkschaft unterhalten und den Mansfelder Bergleuten gratis gelieferten „Bergboten“. Redner wies darauf hin, daß sich die liberale Bekämpfung der Sozialdemokratie eben dadurch prinzipiell von der log. reidstreuen der Mansfelder Gewerkschaft und des Verbandes gegen die Sozialdemokratie unterscheidet, daß die letztere Art den Sozialdemokraten überhaupt jede Redefreiheit von vornherein verweigere. Dadurch aber habe es die Mansfelder Gewerkschaftsleitung erreicht, daß Tausende von Bergleuten sich sozialdemokratisch organisiert hätten. Der Liberalismus dagegen fürchte sich nicht vor der Sozialdemokratie und wolle diese mit reinen Waffen bekämpfen. Die sogenannten christlichen Gewerkschaften trieben mit dem Worte „christlich“ eine dem Christentum unwürdige Propaganda. Außerdem sei ein großer Minderbruch, wenn Herr Behrens behauptet habe, den Christlichen sei der Kaufmann ihrer Mitglieder gleichgültig, es könne jeder nach seiner Fassung leben, und wenn sich auf der anderen Seite diese Arbeiterorganisation „christlich“ nenne! Man tue besser, unsere Religion nicht zum Gegenstand wirtschaftlicher und politischer Propaganda zu machen, das richte nur nach neuen Antrieben und funktionellen haben an und sei dem Grunde unserer Religion zuwenden, dessen Stifter nur sein Ende das erste Wort gesprochen habe: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“. Außerdem sei die politische Fraktion der „Wirtschaftlichen Vereinigung“, der Herr Behrens angehört, höchst unehrlich und zweifelhafter Art bezüglich der Steuerpolitik; das habe sich bei der Abstimmung über die Reichs-ermögenssteuer gezeigt und im vergangenen Jahre bei der Abstimmung über die Erbschaftsteuer gezeigt! Zuletzt wies Redner auf den gemeinsamen Feind aller Arbeiterorganisationen im Mansfelder Gebiet hin, das sei die Mansfelder Gewerkschaftsleitung. Insekten sich diese Herren als recht gut bezahlte Vertreter des in der Gewerkschaft führenden industriellen Großkapitals für berechtigt fühlen, ihren Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht nicht auszurufen. Solange die Gewerkschaftsleitung einen solchen Standpunkt einnehme, sei es Gegen eines jeden Fortschrittes, sowohl bei ihren Beamten wie Arbeitern. Herr Behrens verachte darauf sich gegen die verschiedenen Angriffe zu verteidigen. Er mußte von seinen des Herrn Volkmann den Vorwurf des „Rechtens“ hinnehmen.

Etwa um 7 Uhr wurde die Versammlung, in der es zuweilen recht hitzig hergegangen war, geschlossen.

Feuerbrand.

Schwabstadt, 14. März. Die Seifenfabrik von Gottfried Benzl & Sohn ist bis auf das neuerbaute Wohnhaus niedergebrannt. Außer der Dampfmaschine wurden sämtliche Maschinen, große Bretterordnung, fertige Tafeln usw. vernichtet. Gegen 50 Arbeiter sind bis auf weiteres brotlos.

Merseburg, 15. März. (Die Gewerbezerebende) Wasmann aus Merseburg, Schwartz aus Meile und Ulrich aus Saardruiden sind nach beendeter Prüfung zu Gewerbeassessoren ernannt und den Gewerbeinspektionen Hemsburg, Duisburg und Kiel als Hilfsarbeit überwiehen worden.

Prischna, 14. März. (Ein fettes Kalb.) Im Viehhof des Gutbesizers Dohse hier erstellte ein Kalb das Vieh der Welt, das bei der Geburt das respectable Gewicht von „188 Pfund“ aufwies; nachdem es 12 Tage Muttermilch genossen, kam es mit dem Gewicht von 174 Pfund zum Verkauf.

Erurt, 14. März. (Für den Festverkehr zu Oren) und Pfingsten hat die königliche Eisenbahndirektion angeordnet, daß für das Oberfest vom 23. März ab bis zum Ende des Oberfestes der Arbeitszugesdienst eingestellt wird und die Gleise in einem guten Zustand sich befinden müssen. Ebenso ist diese Maßnahme für das Pfingstfest vom 11. Mai ab vorgebehen.

Imena, 14. März. (Der rote Gemeinderat.) Der erst kürzlich von den blauen Sozialdemokraten als Ersatz für ein bürgerliches Mitglied in den Gemeinderat gewählte Kaufmann Ranshik muß, obwohl er noch gar keine Sitzung teilgenommen hat, schon wieder aus dem Gemeinderat auscheiden, da über sein Bezügen der Konkurs eröffnet worden ist. Es muß also schon wieder eine Neuwahl für den Gemeinderat, dem bis jetzt 15 Sozialdemokraten angehören, vorgenommen werden.

Goswig, 14. März. (Die hiesige Apotheke) ist für den Preis von 115000 Mark an Herrn Julius Palm aus Zerbst verkauft.

Vermischtes.

Eisenbahnunglück.

H. Pernigau, 15. März. Der Eilzug 812 entgleiste vergangene Nacht. Fünf Personen wurden schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Niesedrama. In Niesedra erschloß ein 25jähriger Italiener erst seine 15jährige Geliebte, dann landete er auf der Straße zwei Nebenbuhlerinnen auf und feuerte, als sie ins freie kamen, fünf Schüsse auf diese ab. Ein Arbeiter samt seiner Getroffenen auf der Straße zusammen, der andere erhielt drei Streifschüsse. Große Erbitterung herrscht nun im Orte gegen die Italiener. Nur schwer gelang es, den Verhafteten vor der Lynchjustiz der Menge zu schützen.

Ein Eiferjudendrama hat sich in dem Hause Brändelstraße 10 in Berlin abgepielt. Dort verwundete der Schloßergelle Adolf Arzav in einem Anfälle von Eifer-

lust den Kellerer Gerhard Knochenmuh lebensgefährlich durch einen Dolchstoß in den Unterleib. Der Täter entfloß.

Der Baron von Sackhen. Hier finden vor dem Gericht in Hall Verhandlungen gegen einen deutschen Hotelangestellten namens Weste n haben statt, der unter dem Namen eines Barons von Sackhen, eines Barons Reikungen usw. eine große Anzahl Betrügereien verübt hat. Ferner ist er der Bigamie angeklagt. Er hat 2-3 Frauen geheiratet und diese dann wieder verlassen, nachdem er ihre Wittwit durchgebracht hatte. Außerdem beging er Betrügereien durch Adoption von Kindern.

Der Mensch im Feuer ungelommen. In einem Dorfe in der Nähe von Rom in Mähren vernichtete ein Schuppenfeuer sebzehn Häuser. Vier Menschen fanden in den Flammen den Tod. Die Dorfbeamten wollten den Säusler, bei dem der Brand ausgebrochen war, inhaftieren und in die Flammen stoßen, da man ihn beschuldigte, daß er den Brand gelegt habe. Die Polizei verhielt sich jedoch die Menge an diesem Vorhaben. — In Weisk bei Wies in Westfalen legte ein unbekannter Täter Feuer an, wodurch elf Häuser niederbrennten.

Vulkanisches Phänomen in New-Orleans. Die Hauptstadt Louisiana und ihre Umgebung waren kürzlich tagsüber in Dunkelheit gehüllt. Eine dicke Wolke hüllte die Stadt ein, und die Luft war so dicht, daß Atemschwerden verursacht wurden. Ein feiner Staub rieselte ständig zu Boden. Die wissenschaftliche Untersuchung dieses Staubes hat ergeben, daß die dunklen Wolken Folgen mehrerer vulkanischer Ausbrüche sind, die mit Erdbeben in Zentral- und Obermexiko Hand in Hand gingen. Der Wind hat die feinen Staubmassen von Mexiko über das Meer nach New-Orleans getragen.

Ungeklärte Tode eines Sängers. Großes Aufsehen erregt der Selbstmordveruch des beliebten Baritons Ferruccio Corradetti in Florenz. Man fand den Sanger mit dem Tode ringend in seinem Zimmer, wo er Kohlenbecken angezündet hatte. Corradetti sang in Leoncavallos „Malbran“ die Hauptpartie; er gehört der Gesellschaft Luigi Marzucco an und soll sich in eine sehr berühmte Sängerrn dieser Truppe hoffnungslos verliebt haben.

Drahtlose Telegraphie in der Westküste. Professor Cerebotani führte gestern abend in der „Krania“ zu Berlin, der Witzwort, erstmals bei von ihm erfundenen drahtlosen Telegraphen praktisch vor. In dem winzigen Apparat von kaum handgröße gehört nichts weiter als eine Antenne. So ausgerüstet kann der Besizer eines solchen Apparates von jeder beliebigen Zentralstelle angerufen werden.

Professor Cerebotani ist Priester an der Münchener Frauenkirche.

Bäder und Sommerfrischen.

Für die kommende Saison. Daß wir schon wieder der Sommerzeit zugehen, daran erinnert die schon erschienene Ausgabe 1910 des Hotelführers „Bermer Oberland“ herausgegeben von Oberbairischen Verkehrsverein in Interlaken. Dieser handliche Katalog von 120 Seiten mit hübscher Titelseite (Schloß Thun mit Mühlisalp) wird manchem Reisefreudigen willkommen sein zur Vorbereitung seiner Pläne. Derselbe enthält zunächst eine Uebersichtstabelle der oberbairischen Bäder und Dampfwerke mit Angabe des Sines der betr. Verwaltungen. Dann folgen allgemein orientierende Angaben über Höhenverhältnisse, Klima, Heilquellen, Kletterrouten, Fahrpreise usw. Mit Seite 11 bis Seite 108 folgt nun das Verzeichnis der einzelnen Hotels des Oberlandes mit beigegebenen Bildern, Preisangaben, sowie sonst wissenswerten Auskünften über die mancherlei Fragen, die bei der Wahl eines Sommerquartiers aufstehen. Dieser oberbairische Hotelführer wird von erwähnten Bureau an Interessenten gratis versandt.

Geschäftsverkehr.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt. Berlin W. 66, Kaiserhofstraße 2. Die Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt vertritt nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit Renten und Kapitalien für den Lebensfall, einer ärztlichen Untersuchung bedarf es dabei nicht. Ältere Personen, welche in der Lage sind, eine mehr oder minder hohe Kapitalsumme zu leisten, verdienen am besten sofort beginnende Renten, mocht sie eine sofortige Erhebung ihres Einkommens erzielen; jüngere Personen dagegen finden in der Versicherung von aufgehobenen Renten (Altersrenten) ein bewährtes Mittel, kleine Kapitalien oder ihre laufenden Ersparnisse für ihre Altersversorgung nutzbar zu machen. Der Kapitalversicherung endlich bedient man sich mit Vorteil, um Kindern eine Pension oder die Mittel zum Studium, zum Militärdienst oder zum Beginn eines Geschäftes sicher zu stellen. Der Jahresbetrag der von der Anstalt zu zahlenden Renten übersteigt bereits 7 1/2 Millionen Mark. Neben dem Versicherungsgeschäft betreibt die Anstalt auf Grund ihrer Altershoch genehmigten Statuten eine öffentliche Sparkasse. Die Sparleistungen werden je nach der Kündigungssfrist mit 3 bis 3 1/2 Proz. verzinst. Besondere Vorteile gewährt diese Sparkasse u. a. insofern, als sie mit den Sparern auch durch die Sparte verkehrt und die Sparbücher zur Vermeidung der lästigen Sins- und Sferendung für die Spater in Verwahrung nimmt. Die Anstalt untersteht fortgesetzt staatlicher Kontrolle.

„Weisheit“ und „Weisheit!“ So verschiedenartig der Sinn dieser beiden Begriffe ist, so lassen sie sich doch miteinander verbinden. Die „Weisheit“ der Wäsege & B. wird wesentlich von der „Weisheit“ der Hausfrau beeinflusst. „Weise“ Hausfrauen wäsen nämlich schon längst, daß „weisse“ Wäsege besonders rein und häufig frisch durch Gebrauch von Jentels „Sera“ ist. Dieses absolut feinstkörnige Wäsegemittel in höchster Vollendung reinigt und weicht die Wäse nicht nur in bester vollkommener Weise, sondern schon und erhält sie auch ganz außerordentlich, was sonst nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Während bei der alten Wäsegemittel durch das hässliche Reiben und Büffeln das Gewebe arg geschwächt und die Faser schnell zerstört wird, fällt diese rauhe Behandlung bei Gebrauch von Sera fort. Es genügt hierbei lediglich einmaliges ca. 4-5-minütiges Kochen und nachheriges Nachspülen in klarem Wasser und die Wäsege ist alsdann blütenweiss geworden und behält den frischen Geruch der Faserbeide. Also bester geringste Arbeitsleistung bei höchstem Wäsegeeffekt! Trotz dieser eminenten Wirkung ist Sera absolut unschädlich und gefahrlos, da in ihm keinerlei giftige oder scharfe Stoffe, wie Chlor usw., enthalten sind. Hierfür leisten die Fabrikanten Jentels & Co., Düsseldorf, weitgehende Garantie.

Unterhaltungsblatt.

Frau Leutnant. Erzählung von Heinrich Lee. (Fortf.) — Die Leutnantin. Skizze von R. Wittmer. — Rumi und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Der Büchertisch.

Letzte Nachrichten.

Ein hartes Urteil.

H. Dresden, 15. März. Das hiesige Militärgericht fällt gegen den Matrosen Räter aus Kiel ein außerordentlich hartes Urteil. Räter der Weihnachtsfest auf Besuch hier weilte, hatte in völliger Betrunkenheit einem Musikmeiser von den Garderebereitern auf den Fuß getreten, ihn auf den Arm geschlagen und mit weiteren Tätlichkeiten bedroht. Das Urteil lautete unter Zubilligung mildernder Umstände auf 3 Jahre 2 Monate Gefängnis wegen tätlicher Beleidigung eines Vorgesetzten und Verstüßungsverletzung.

Der ungarische Ministerpräsident beim Kaiser.

H. Budapest, 15. März. Der ungarische Ministerpräsident wurde heute in fünfviertelstündiger Audienz vom Kaiser empfangen. Ueber das Resultat der Audienz wird bekannt, daß der Kaiser die Vorschläge des Ministerpräsidenten angenommen hat. Das ungarische Abgeordnetenhaus soll am 22. März aufgelöst werden. Der Kaiser wird persönlich nicht zur Audienz in Budapest erscheinen, sondern sich durch Erzherzog Josef vertreten lassen. Erzherzog Josef wird am Tage der Auflösung in Budapest mit einer Thronrede den ungarischen Reichstag auflösen.

Zum Fall Drey.

H. Paris, 15. März. Der heute hier unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltene Ministerrat beschäftigte sich lange mit dem Fall Drey und der in der Kammer über ihn eingebrachten Interpellation. Der Verlauf der getrigen Kammer Sitzung hat auf der linken Seite guten Eindruck hinterlassen, insbesondere weil der Justizminister Barkow es für nötig hielt, sich selbst zu verteidigen auf Kosten seiner Vorgänger. Die Regierung hat sich im heutigen Ministerrat hierüber ausgesprochen, und der Ministerpräsident Briand hat in seiner Erklärung, vor Schluß der Kammerdebatte sich bemüht, den schärfsten Eindruck den Barkow und auch Millerand gestern durch ihre persönliche Verteidigung hervorgerufen haben, zu verwischen.

Paris, 15. März. Die Kammer heute die Beratung der Interpellation Zaurus über die Liquidatoren fort. Der sozialistische Abgeordnete Billm drückte sein Entsetzen über die Haltung der Sachverständigen sowie der Gerichtsbekörden in der Angelegenheit Drey aus. Redner machte hierauf den Liquidatoren selber den Vorwurf. Er kritisierte in heftigen Worten die Magistratsbehörden und verlangte, daß endlich all dem Skandal ein Ende gemacht werde. — Auch im Senat kam heute die Angelegenheit Drey zur Sprache. — Ueber den Fortgang der Untersuchung ist nicht viel zu berichten. Zeugen werden vernommen, Hausdurchsuchungen finden statt, Akten werden konfisziert. Das Interesse gehört jedoch jetzt nicht mehr den verhafteten Liquidatoren, sondern der politischen Bedeutung der Frage. Die Stunde ist ernst. Nur die persönliche Integrität Briands hält noch das Kabinett.

Zur mandschurischen Forderung.

H. Paris, 15. März. Aus Peking erhält der „Newport Herald“ ein Telegramm, das den englischen Vertreter wegen seiner Haltung in der Frage des Baues der Eisenbahn Tschinghaufu-Tsuan tabelt. Dieses Projekt trage einen absolut antiamerikanischen Charakter. Viele Kongreßmitglieder erhalten Zuschriften wegen der Stellung, die England den Vereinigten Staaten gegenüber einnimmt. Ein bekannter und wohl angesehener amerikanischer Journalist glaubt, daß durch die Haltung der Engländer in China die Engländer viele Freunde in Amerika verlieren würden. Wenn London eines Morgens von seinem Schlimmeren erwachen werde, dann werde es sehen, daß England und nicht Japan der Feind der Vereinigten Staaten geworden ist.

Gegründet der Opfer der Rauschhucker Revolte.

H. Peking, 15. März. Anlässlich des heute stattfindenden Begräbnisses der bei dem Zusammenstoß mit dem Militär getöteten 20 Personen sind auf Anordnung sämtlicher Äbten der Stadt geschlossen, sämtliche Häuser streng besetzt. Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt ist einer Bürgerkommission übertragen worden, da die Bevölkerung gegen das Militär, namentlich gegen die Offiziere, äußerst aufgebracht ist. In der Bevölkerung herrscht ferner der Verdacht, daß die Offiziere ohne jeden Grund den Befehl gegeben haben, auf die Bürgerseite zu schießen.

Vom Streik in Philadelphia.

H. Newyork, 15. März. In Philadelphia wird die Erhebung der Schmiererleigen in zwei Tagen erwartet. Die Straßenbahngesellschaft willigt ein, an den Konkreten teilzunehmen.

Zur Jarenreise.

H. Petersburg, 15. März. Entgegen der Meinung eines Belgard Blattes, der Jar werde im Juni Konstantinopel, Sofia und Belgrad besuchen, wird offiziell erklärt, daß gegenwärtig noch kein Programm für die Reisen des Jaren festgelegt worden ist.

Die Kinderlähmung erloschen!

H. Wulst, 15. März. Amtlich wird bekannt gegeben, daß im ganzen Bezirk Wulst seit dem 4. Dezember 1909 die Kinderlähmung erloschen und der Gesundheitszustand der Bevölkerung gegenwärtig nichts zu wünschen übrig lasse.

Vermischte Drahtnachrichten.

H. Genesee, 15. März. Der größte Wald von Boston, der Hoch Nussin Bog Wald, der ein Territorium von 120000 Acre bestreift, ist für zehn Millionen Kronen an eine Geneseeer Konsortium verkauft worden. Der Wald ein Geneseeer Konsortium verkauft worden. Der Wald ein Geneseeer Konsortium verkauft worden. Der Wald ein Geneseeer Konsortium verkauft worden. Der Wald ein Geneseeer Konsortium verkauft worden.

Berliner Börsen, 5. März 1914

Die Wahlen in Deutschland sind die Zinskurve an den Berliner Börsen...

Main table containing various stock market listings, including columns for company names, prices, and exchange rates. Includes sections for 'Deutsche Reichsbank', 'Deutsche Kreditbank', and 'Deutsche Handelsbank'.